

INTEGRATION

„Akt der Hilflosigkeit“

Die Forderung der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer (CDU), deutlich mehr Migranten im Öffentlichen Dienst zu beschäftigen, stößt bei den Ländern auf Unverständnis. „Immer wenn einem nichts einfällt, fordert man eine Quote“, kritisiert der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln Heinz Buschkowsky (SPD) diesen „Akt der Hilflosigkeit“. In seinem Bezirksamt hätten zwar 40 Prozent der Auszubildenden einen Migrationshintergrund,

aber „übernehmen werden wir dank des Berliner Einstellungsstopps wahrscheinlich keinen“, erklärt Buschkowsky. Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet (CDU) hält Böhmers Vorstoß für „schlichtweg unrealistisch“ angesichts des Personalabbaus und der wenigen Neueinstellungen. Zudem interessierten sich die Zugewanderten offenbar kaum für Jobs in der Verwaltung: „Nur 13 Prozent der Abiturienten haben einen Migrationshintergrund“, sagt Laschet, „und wer es so weit geschafft hat, der will Karriere machen – aber nicht im Amt.“ In der Verwaltung des Stadtstaates Bremen ist

der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund sogar von 21 Prozent (2004) auf 16 Prozent (2009) gesunken. Der Senat hat deshalb eine Ausbildungskampagne gestartet, mit Broschüren auf Russisch und Türkisch. Laut Statistischem Bundesamt haben rund vier Prozent der Beamten in Deutschland einen Migrationshintergrund.



Kommissar, türkischstämmige Polizeidienst-Interessenten

INTERNET

SPD plant Online-Offensive

Sozialdemokraten wollen künftig stärker um die Wähler der Piratenpartei werben. „Die SPD hat den großen Fehler gemacht, die Diskussion um Internetsperren zu verschlafen und eine dezidiert gegen die Online-Generation gerichtete Position beschlossen“, kritisiert Björn Böhning, Sprecher der Parteiführer. Gemeinsam mit einem Vertreter der Bundestagsfraktion soll er künftig die Arbeit eines Gesprächskreises Netzpolitik innerhalb der Medienkommission beim Parteivorstand koordinieren. Der Kreis soll die Arbeit des Online-Beirats fortführen, der sich vor der Bundestagswahl aus Protest gegen die Zustimmung der SPD zum Netzsperrengesetz aufgelöst hatte. Wie im Beirat sollen laut Böhning beim Gesprächskreis Netzpolitik wieder Szenegrößen

wie der Blogger Sascha Lobo vertreten sein. Das Gremium dürfe nicht nur beratende Funktion haben, sondern eigenständig Positionen entwickeln und veröffentlichen können. „Die SPD hat in den vergangenen Jahren die Logiken des Internets nicht verstanden“, sagt Böhning. Dabei gehe es nicht nur um den „Fehler, dass wir die rechtlichen Regeln der Offline-Welt einfach auf die Online-Welt übertragen wollten“. Es handle sich auch um ein kulturelles Problem: Die „Diskursfähigkeit“ der Partei sei „generell unterentwickelt“.



Anhänger der Piratenpartei

HOLOCAUST-VERFAHREN

Beamter im Visier

Parallel zum Münchner Gerichtsverfahren gegen den mutmaßlichen SS-Gehilfen John Demjanjuk bahnt sich womöglich ein weiterer spektakulärer Holocaust-Prozess an. Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg hat ihre Vorermittlungen gegen Samuel K. abgeschlossen und einen 80 Seiten starken Bericht erstellt. Sie gibt dieser Tage das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Dortmund ab, die bald Anklage erheben könnte. Der 88-jährige K. soll zwischen Ende November 1941 und Frühjahr 1943 als Aufseher im Vernichtungslager Belzec an der Ermordung von mindestens 430 000 Juden mitgewirkt haben. Als Zugwachmann mit der Erkennungsnummer 213 durfte der Volksdeutsche wohl eine Pistole tragen und Untergebene befehligen. Ein ehemaliger, mittlerweile verstorbener Kamerad hat ausgesagt, dass K. außerdem selbst Juden erschossen hat, einmal Angehörige eines Arbeitskommandos und einmal Häftlinge nach einem Fluchtversuch. Ein



K. (Kreis) in Belzec, um 1942

Überlebender von Belzec nannte ihn laut Ermittlungsbericht „einen der größten Mörder“ im Lager. K. lebt als Ruhestandsbeamter in der Nähe von Bonn, zuvor arbeitete er als Amtsgehilfe im dortigen Bundesministerium für Raumordnung und Städtebau. Geboren wurde er 1921 in der damaligen Sowjetunion, in deutsche Dienste trat er als gefangener Sowjetsoldat im Sommer 1941. Drei Jahre später erhielt er die deutsche Staatsbürgerschaft. Obwohl K. in der Vergangenheit mehrfach als Zeuge in anderen Verfahren aussagte, geriet er selbst nie ins Visier der Justiz. Erst zum Demjanjuk-Prozess tauchte sein Name wieder auf, im vergangenen Sommer vernahmen ihn Beamte des Bayerischen Landeskriminalamts (SPIEGEL 45/2009). In der Folge trug eine Ludwigsburger Ermittlerin belastendes Material zusammen, vor allem Dokumente, die das US-Justizministerium in osteuropäischen Archiven gesammelt hatte.